



Wahlkampfauftritt in Kiev.

Karikatur: Klaus Stuttmann

Leitartikel

Roland Muschel

zur Ansiedlungsstrategie Baden-Württembergs



Die Standortfrage

In seiner Regierungserklärung vor einem Jahr hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) vollmundig versprochen, Baden-Württemberg werde Leitmarkt und Leitanbieter für grüne Technologien. Er werde dafür sorgen, dass der US-Elektroauto-Hersteller Tesla „bald nur noch auf unsere Rücklichter schaut“. Ein Jahr später versucht die Landesregierung, mit einer neuen Ansiedlungsstrategie den hehren Anspruch und die eher triste Realität stärker und strategischer in Einklang zu bringen. Denn wenn jemand zuletzt oft nur hinterherschauen konnte, dann Kretschmann in die Rücklichter davonbrausender Großinvestoren. Deshalb blinken im Stuttgarter Staatsministerium nun die Alarmlichter. Zu recht.

Aus gesamtdeutscher Sicht ist es natürlich erfreulich, dass in strukturschwachen Regionen im Osten und Norden der Republik durch Milliardeninvestitionen von Tesla, Intel, Northvolt und Co. tausende zukunfts-trächtige Arbeitsplätze entstehen. Man kann aus dem immer noch sehr wohlhabenden Baden-Württemberg heraus nicht die eigenen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich beklagen oder die Stärke von AfD und Linken in den neuen Ländern bedauern, wenn man den Mitbewerbern nicht auch wirtschaftliche Erfolge gönnt.

Zum Problem wird die Entwicklung für den Südwesten vor allem in der Gesamtschau. Baden-Württemberg hat, erstens, interessanten Investoren vor allem Ausschlusskriterien zu bieten: Es fehlt an Flächen, sauberem Strom, Fördertöpfen, einem einheitlichen Ansprechpartner. Zweitens, das Land der Tüftler und Denker ist auch als Start-Up-Standort nicht die erste Adresse in Deutschland. Das letzte nach internationalen Maßstäben erfolgreiche baden-württembergische Start-Up war das Walldorfer Soft-

wareunternehmen SAP, das gerade seinen 50. Geburtstag gefeiert hat. Drittens, die Leitindustrien des Landes, Automobilbranche und Maschinenbau, befinden sich in einem fordernden Transformationsprozess, die Stichworte lauten Elektrifizierung, Digitalisierung und Dekarbonisierung, neuerdings auch: steigende Energiepreise. Zugleich hängen sie extrem stark von lukrativen Exporten nach China ab. In der neuen geopoliti-

„Für internationale Großinvestoren hat das Land bislang vor allem Ausschlusskriterien zu bieten.“

tischen Lage ist diese Schlagseite eine Gefahr. Die Unternehmen versuchen daher, ihre Exportmärkte stärker zu diversifizieren. Kretschmann muss zugleich die Abhängigkeit des Landes von wenigen Wirtschaftszweigen verringern.

Eine gezielte Ansiedlungsstrategie aus einem Guss kann hier ein wichtiger Ansatz sein. Ein Selbstläufer wird sie nicht. Denn die Landesregierung kann zwar Flächendatenbanken bereitstellen und sich vornehmen, jede Investorenanfrage binnen 48 Stunden zu beantworten. Aber die Zielkonflikte mit dem Vorhaben, bis 2035 beim Flächenverbrauch die Netto-Null zu erreichen oder mit den hohen Standards bei der Bürgerbeteiligung kann die Landesregierung so einfach nicht auflösen. So wichtig eine Ansiedlungsstrategie ist: Notwendig wäre auch eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, unter welchen Prämissen Baden-Württemberg seinen Wohlstand künftig erwirtschaften will.

leitartikel@swp.de

Kommentar

Igor Steinle

zur Deutschlands Befürwortung eines Öl-Embargos gegen Russland



Hysterische Debatte

Gerne wird mit Blick auf Energiesanktionen gegen Russland das Bild einer isolierten Bundesrepublik gezeichnet, die als einziges Land in Europa harte Maßnahmen gegen Moskau verhindert. Mit dem Schwenk, den die Berliner Befürwortung eines russischen Öl-Embargos bedeutet, wurde nun klar, dass andere Länder sich gerne hinter Deutschland verstecken – wie etwa Ungarn, das ein Veto gegen Energiesanktionen angekündigt hat. Der Schaden für das eigene Land sei zu groß, heißt es aus Budapest.

Für Deutschland hingegen sei ein Verzicht auf russisches Öl machbar, versichert die Bundesregierung. Für den größten Teil der Republik wird er wahrscheinlich vor allem steigende Preise bedeuten. Hart könnte er jedoch Berlin, Brandenburg und Teile Mecklenburg-Vorpommerns treffen, wo auch Versorgungsengpässe mög-

lich sind. Die Regionen werden durch die Ölraffinerie Schwedt versorgt, die dem russischen Staatskonzern Rosneft gehört und an der russischen Druschba-Pipeline hängt. Die Bundesregierung will das Problem durch Lieferungen aus Danzig und Rostock lösen, ein Gesetz soll auch eine Enteignung der Raffinerie ermöglichen.

Allerdings kann man davon ausgehen, dass der Kreml einen solchen Schritt nicht unbeantwortet ließe und als Retour womöglich den Gashahn zudrehen wird. Für Deutschland und seine östlichen Nachbarn bedeutete das einen Wirtschaftsschock. Russland hingegen könnte angesichts steigender Preise am Weltmarkt Verluste womöglich kompensieren. Es ist also alles andere als ausgemacht, wem Öl- und Gasembargos am Ende mehr schaden. Die hysterische Debatte darüber wird der Komplexität der Herausforderung nicht gerecht.

Der Widerstand gegen das geplante Ölembargo hält an

Ukraine-Krieg Die EU-Kommission will harte Sanktionen gegen Russland. Deutschland hat eingelenkt, doch andere Staaten sind weiterhin skeptisch. Ungarn droht sogar mit seinem Veto.

Brüssel. Die EU-Kommission will am Dienstag oder Mittwoch ein sechstes Sanktionspaket vorlegen, das als zentrales Element ein Verbot von Ölimporten aus Russland vorsieht. Nach Angaben von EU-Diplomaten ist allerdings eine „Abwicklungsphase“ bis Herbst oder womöglich bis Jahresende vorgesehen, während der die EU-Länder noch neue Bezugsquellen organisieren sollen. Mit diesem zeitlichen Zugeständnis, das die Erschütterungen auf dem internationalen Ölmarkt dämpfen soll, hat sich die Kommission vorab die Zustimmung Deutschlands gesichert. Bislang hatte die Bundesregierung in Brüssel immer wieder massive Bedenken gegen Ölsanktionen geltend gemacht.

Die EU-Kommission sieht nach den russischen Kriegsverbrechen in der Ukraine und dem Stopp der Gaslieferungen an Polen und Bul-

garien die Notwendigkeit, die Sanktionen gegen Moskau zu verschärfen. Vor allem die baltischen Staaten und Polen wollen als Reaktion schnell den Ölhahn zudrehen, aber auch Länder wie Schweden, Finnland und die Niederlande fordern Tempo.

Allerdings müssten die 27 Mitgliedstaaten das Ölembargo einstimmig unterstützen. Doch Österreich, Italien, Spanien, Griechenland und der Slowakei sind weiter skeptisch, und Ungarn lehnt die Maßnahme sogar strikt ab und hat ein Veto angedroht.

Die EU bezog vor dem Ukraine-Krieg etwa ein Viertel ihres Ölbedarfs aus Russland, Deutschland etwa 36 Prozent – bei den skeptischen Ländern ist die Abhängigkeit teilweise deutlich höher, Ungarn zum Beispiel ist zu 65 Prozent von Öl aus Russland abhängig.

Von den Kritikern wird als Alternative vorgeschlagen, einen Preisdeckel oder einen Strafzoll für Energieimporte aus Russland zu verhängen; die Wirkung dieser Maßnahmen ist aber umstritten. Der Widerstand von Ungarn ließe sich womöglich durch Hilfszusagen der EU überwinden – im Gespräch ist auch eine Ausnahmeklausel, die Ungarn und wohl auch der Slowakei den weiteren Ölbezug aus Russland ermöglichen würde. Ohnehin will die Kommission den Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Übergangsfristen entgegenkommen.

Weitere Strafmaßnahmen

Zu dem Paket neuer Strafmaßnahmen gehört auch, dass die russische Sberbank auf die Sanktionsliste genommen und vom internationalen Zahlungssystem Swift ausgeschlossen wird. Die Sberbank war bislang wegen der Abwicklung von Energiegeschäften von Sanktionen ausgenommen. Außerdem würde die EU-Kommission gern die russische Lieferung von Brennstäben für Atomkraftwerke in der EU stoppen, was vor allem osteuropäische Länder treffen würde, aber auch eine geplante französisch-russische Zusammenarbeit bei der Brennelemente-Herstellung torpedieren würde. Ungarn hat auch hier bereits Protest angemeldet, das Land setzt bei der Atomkraftnutzung auf enge Zusammenarbeit mit Russland.

Christian Kerl

Kommentar



Ungarns Premierminister Viktor Orban lehnt bisher ein EU-Ölembargo gegen Russland kategorisch ab. Foto: John Thys/afp

Wann ist ein Land Kriegspartei?

Völkerrecht Experten nennen Szenarien, ab wann Deutschland die gefährliche Grenze im Ukraine-Konflikt überschreiten würde.

Berlin. Bringt die Lieferung schwerer Waffen Deutschland einem Kriegseintritt näher? Wir haben Experten gefragt, wie das Völkerrecht mit solchen Situationen umgeht.

Wann wird ein Land zur Kriegspartei? Da es seit dem Zweiten Weltkrieg keine formelle Kriegserklärung mehr gegeben habe, existierten zwei Wege, wie ein Land zur Kriegspartei werden könne, erklärt Völkerrechtsprofessor Stefan Talmon von der Universität Bonn. Zum einen eine offizielle Erklärung gegenüber dem UN-Sicherheitsrat im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung. Diesen Schritt hat Deutschland bisher vermieden. Bisher argumentierte die Bundesregierung damit, dass sie der Ukraine nur bei der Selbstverteidigung helfe. Der zweite Weg wäre das unmittelbare Eingreifen von Truppen in den Konflikt.

Ist die Ausbildung von ukrainischen Soldaten durch Nato-Ausbilder in

Nato-Staaten ein Eintritt in den Krieg? Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags sieht das so. Demnach ist die Lieferung von Waffen unproblematisch, aber mit der Einweisung der Konfliktpartei oder Ausbildung an solchen Waffen, wie es etwa bei Gepard-Panzern geplant ist, „würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen“, heißt es in dieser Analyse. Die Bundesregierung weist diese Interpretation zurück, und auch Völkerrechtsexperte Talmon schätzt die Lage ein wie die Bundesregierung. „Die Ausbildung in Deutschland sehe ich nicht als unmittelbare Beteiligung an den Kampfhandlungen.“

Kann Deutschland selbst bestimmen, ob es zur Kriegspartei wird? Rechtlich ja, praktisch nur bedingt. „Wenn Russland die Ausbildung von Ukrainern an einer Panzerhaubitze als Eintritt in den Krieg wertet, dann kann niemand Russland daran hindern, eine Rakete auf den Truppenübungsplatz

abzufeuern, erklärt Talmon. Das sei jedoch eine politische Entscheidung des Kremls. Der Völkerrechtler Matthias Hartwig vom Heidelberger Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht weist auf ein anderes Risiko hin. „Die USA haben sich nach den Anschlügen vom 11. September 2001 darauf berufen, Afghanistan bombardieren zu können, weil die Taliban Terroristen einen Unterschlupf boten.“ Die Gefahr sei, dass Russland sich darauf berufe und seinerseits Lieferländer der Ukraine bombardiere.

Welche rechtlichen Folgen hat ein Kriegseintritt für einen Staat? Unter dem Kriegsrecht kann ein Land unter anderem „Feind-Vermögen“ einfrieren oder Schiffe beschlagnahmen, erklärt Talmon. Sobald Soldaten auf dem Schlachtfeld in den Kampf eingreifen, gilt das humanitäre Völkerrecht. Dazu zähle zum Beispiel, dass Soldaten die gegnerischen Soldaten töten dürfen. Stefan Kegel

STICHWORT PRESSEFREIHEIT

Die Weltkulturorganisation Unesco eröffnet am Dienstag in Punta del Este (Uruguay) eine internationale Konferenz zur Pressefreiheit. Anlass ist der Welttag der Pressefreiheit, der am selben Tag begangen wird. Im Mittelpunkt steht dabei das Thema „Journalism under Digital Siege“ (Journalismus unter digitaler Belagerung). Digitale Technologien ermöglichen einen noch nie da gewesenen Informationsaustausch, sagte Unesco-Generalsekretärin Audrey Azoulay. Medienschaffende und ihre Quellen seien jedoch aufgrund dieser Entwicklung einem größeren Risiko ausgesetzt, belästigt und angegriffen zu werden.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF) hat Deutschland in der weltweiten „Rangliste der Pressefreiheit“ erneut herabgestuft – auf Rang 16. Zur Begründung nannte RSF drei zentrale Faktoren: die Gesetzgebung, die Journalisten sowie ihre Quellen gefährde, abnehmende Medienvielfalt sowie Gewalt bei Demonstrationen. kna/dpa

Pressefreiheit Journalisten-Preis nach Belarus

Bonn. Der Belarussische Journalistenverband erhält den diesjährigen Guillermo-Cano-Preis für Pressefreiheit der Unesco. Das teilte die Weltkulturorganisation mit. Die Auszeichnung sei „ein wichtiges Zeichen, dass wir alle an der Seite dieser mutigen Journalisten stehen und uns für ihren Schutz einsetzen – in Belarus, in der Ukraine, weltweit“, sagte der Generalsekretär der Deutschen Unesco-Kommission, Roman Lukscheiter. kna **Stichwort**

1. Mai Krawalle nach Großdemo

Berlin. Etwa 30 Polizisten sind laut Gewerkschaft der Polizei (GdP) bei Gewaltausbrüchen nach der Demonstration linker Gruppen am Abend des 1. Mai in Berlin verletzt worden. Vor allem Linksautonome griffen in Kreuzberg Polizisten an, 50 aggressive Demonstranten wurden festgenommen. Die GdP sprach von 500 Gewaltsuchenden, die nach dem zuvor „friedlich verlaufenen Tag“ Krawall geschürt hätten. Zu der Demonstration waren rund 20 000 Menschen gekommen. dpa